

Präsident Iliescu bestreitet Einzigartigkeit der Judenvernichtung

- Interview belastet diplomatische Beziehungen zwischen Rumänien und Israel -

Mit umstrittenen Äußerungen über den Holocaust löste Rumäniens Staatspräsident Ion Iliescu während eines Israel-Besuches am 25. Juli schwere diplomatische Verstimmungen aus. Er heizte damit erneut eine seit Wochen virulente Diskussion über Rumäniens Umgang mit dem Holocaust an.

Der Holocaust sei kein speziell jüdisches Phänomen gewesen. Die Kommunisten (wie sein Vater) und andere Gruppen hätten ebenso gelitten und wären auf die gleiche Weise gestorben, so Iliescu in einem Interview in der renommierten israelischen Zeitung *Haaretz*. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage sei es dem Rumänischen Staat zudem nicht möglich, die Holocaust - Opfer finanziell zu entschädigen.¹

„Die Juden in Europa waren nicht die einzigen Opfer des Holocaust. Viele andere, darunter Polen, starben auf die gleiche Weise. In der Nazizeit wurden die Kommunisten genauso behandelt wie die Juden (...). Die Menschen in Rumänien kämpfen mit der Armut, während andere mit Forderungen kommen (...). Ist es das wert, die Menschen heute in Armut leben zu lassen, nur um etwas auszugleichen? Ich denke, dass das unfair ist.“²

Iliescus Äußerungen provozierten vor allem in Israel heftige Reaktionen. Justizminister Yosef Lapid, selbst Überlebender der Shoah, warf ihm „Mangel an Sensibilität“ vor und fragte, ob es sich für Iliescu „nicht lohnt, den Holocaust an rumänischen Juden zuzugeben?“³ Israels Präsident Moshe Katsav erklärte: „Nicht alle Opfer des Krieges waren Juden, aber alle Juden waren Opfer.“⁴ Die Zeitung *Jerusalem Post* verglich den rumänischen Präsidenten sogar mit dem österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider und verlangte seine politische Isolation.⁵ Die israelische Gedenkstätte *Yad Vashem* bemerkte, die Aussagen Iliescus seien nicht zu tolerieren und forderte die Einsetzung einer Historikerkommission, die die Rolle Rumäniens während des Holocaust endgültig klären soll.⁶

¹ vgl. *Nine O'Clock*, 28.07.2003

² *Curentul*, 26 / 27. 07.2003

³ *Adevărul*, 26 / 27. 07.2003

⁴ *Deutsche Welle Radio*, Bericht Peter Janku, 31.07.2003

⁵ vgl. *Evenimentul Zilei*, 28.07.2003

⁶ *FAZ*, 29.07.2003

Bereits im Juni hatten zwei hohe Mitglieder der rumänischen Regierung für Schlagzeilen gesorgt. Der damalige Informationsminister Vasile Dâncu erklärte Mitte Juni, dass es innerhalb der rumänischen Grenzen keinen Holocaust gegeben habe, sondern lediglich einzelne Aktionen der damals verantwortlichen politischen Führer stattgefunden hätten. Diese Aussage wurde von Kulturminister Răzvan Theodorescu aufgegriffen und präzisiert: Lediglich durch Taten des Antonescu - Regimes in den besetzten Gebieten wäre Rumänien am Holocaust beteiligt gewesen. Daraufhin setzte in Rumänien eine Welle des Protestes seitens jüdischer Verbände und Roma - Organisationen ein. Die rumänische Botschafterin in Israel, Mariana Stoica, wurde in das Außenministerium einbestellt. Iliescu hatte die damalige Debatte im Juni beendet, indem er sie kurzerhand als „sinnlos“ erklärte. Dieses Mal musste er sich allerdings den Protesten stellen.



Präsident Iliescu bemühte sich nach anfänglicher Uneinsichtigkeit um Schadenbegrenzung und bedauerte, dass er „missverstanden“ worden sei. In einem Brief an Israels Präsident Katsav erklärte er, seine Äußerungen seien aus dem Kontext gerissen worden.

Premierminister Nastase versuchte ebenfalls, in einem persönlichen Brief den israelischen Regierungschef Ariel Sharon zu besänftigen und lud ihn zu einem Besuch nach Rumänien ein.

Zu dem Inhalt des Briefes wurden keine weiteren Angaben gemacht. Bekannt ist lediglich, dass Nastase es nicht für notwendig erachte, eine offizielle Position der Regierung zu formulieren.

Der rumänische Außenminister Geoană, welcher sich bereits während seines Washington-Besuches am 26./27. Juli harsche Kritik jüdischer Verbände anhören musste, bemühte sich von dort aus um Kontakt zu seinem israelischen Kollegen Shalom. Die rumänische Botschafterin in Israel wurde zu dieser Zeit erneut in das Außenministerium einbestellt.

Auf einem Treffen zwischen dem Staatssekretär im Außenministerium und dem israelischen Botschafter in Bukarest wurden konkrete Maßnahmen beschlossen, um das Thema möglichst schnell von der Tagesordnung zu streichen. So wurde bekannt, dass auch in Rumänien zukünftig ein bestimmter Tag an den Holocaust erinnern und das Thema stärker in die Lehre der Universitäten verankert werden sollte.

Der rumänische Erziehungsminister Athanasiu wird darüber hinaus in kürze nach Israel reisen, um sich über die Vertiefung der Holocaustaufklärung an Schulen und der Diplomatenakademie zu informieren.

Trotz dieser ersten Maßnahmen scheint der Konflikt für die israelische Seite noch nicht beendet zu sein. So berichtet die Zeitung *Ziua*, dass der israelische Innenminister Poraz Iliescu als „Persona Non Grata“ betrachte, da er erneut schwer von ihm enttäuscht sei. „Es ist nicht das erste Mal dass er uns total enttäuscht. Das erste Mal war 1995, als er als Staatspräsident nationalisierte jüdische Besitze den Rumänen als Ge-

schenk gab.“⁷ Die israelische Regierung ließ allerdings erklären, Poraz Äußerungen würden nicht die offizielle Meinung Israels wiedergeben. In seinem Antwortschreiben an Iliescu fordert auch Präsident Katzav von Rumänien eine weitergehende Auseinandersetzung mit seiner Holocaust-Vergangenheit.⁸ Selbst der US-Botschafter in Bukarest, Michael Guest, erwartet weitere öffentliche Erklärungen Rumäniens zu diesem Thema.⁹

In einer öffentlichen Debatte zwischen Historikern und Journalisten wurde als Ergebnis festgehalten, dass hinter Iliescus Aussagen eine Strategie stehe, nach der mit Hinblick auf die Wahljahre 2004 / 2005 nationalistische Wählerstimmen gewonnen werden sollen. In einem Leitartikel in *Ziua* mutmaßt zudem der Politikanalytiker Dan Pavel, dass die Aussage Iliescus kein einfacher diplomatischer Fehler sei, sondern Teil einer postkommunistischen Kultur, der es an liberalen und demokratischen Werten mangele. Pavel bemerkt zudem: „(...) wann immer es um die Vergangenheit, die Interpretation oder Erklärungen zum Holocaust oder das kommunistische Gulag ging, sind die Eliten gescheitert.“¹⁰

Mit der eigenen Verantwortung für den Völkermord tat man sich in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg immer schwer. So wurde jede Erwähnung der rumänischen Judenverfolgungen und der Ende der 30er Jahre erlassenen antisemitischen Gesetze von der kommunistischen Führung verboten.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden nach Angaben der Gedenkstätte *Yad Vashem* mehr als die Hälfte der 850.000 in Rumänien lebenden Juden in dem damals von Rumänien besetzten Gebiet Transnistrien ermordet. Unzählige weitere wurden enteignet, gefoltert und deportiert.

Sabine Habersack

Bukarest, den 14. August 2003

⁷ *Ziua*, 01.08.2003

⁸ *Evenimentul Zilei*, 31.07.2003

⁹ *Ziua*, 01.08.2003

¹⁰ *Ziua*, 28.07.2003